Beschluss Zukunft braucht Beteiligung - Perspektiven für die Lausitz entstehen nur mit einer neuen politischen Beteiligungskultur

Antragsteller*in:	Stephan Kühn (KV Dresden), Franziska Schubert (KV Görlitz), Annett Jagiela (KV Görlitz), Thomas Pilz (KV Görlitz)
Tagesordnungspunkt:	TOP 16 Verschiedenes

Antragstext

Strukturwandelprozesse können nur dann erfolgreich sein, wenn sie vor Ort auf Akzeptanz treffen und von einer breiten Mehrheit getragen werden. Die Menschen in der Region an ihrer Zukunft aktiv zu beteiligen ist nichts weniger als für den gesellschaftlichen Humus zu sorgen, damit diese eine Perspektive hat. Wer sich einbringen darf, wessen gesellschaftliches Engagement gewollt ist, wer sich ernstgenommen fühlt in seinen Zukunftssorgen, den kann man auch dafür gewinnen, Antworten für die Zukunft zu finden. In der Lausitz ist die Vielzahl derer, die sich für die Zukunft der Region auf den Weg machen, beeindruckend. Es stimmt zuversichtlich, wenn Menschen ihre Geschicke in die eigenen Hände nehmen wollen. Denn die Menschen sind das größte Potential der Lausitz.

Eine breite Zukunftsdebatte ist die Chance für die Lausitz, sich ihrer eigenen Kräfte und Stärken zu besinnen. Mit der Frage „Wie wollen wir hier leben?“ können die Erfahrungen der Generationen einschließlich der letzten 30 Transformationsjahre einfließen in eine gemeinsame Erzählung der Lausitz aus der Lausitz heraus. Das fördert Identität, schafft Gemeinsinn und wird damit zur Quelle von Selbstbewusstsein. Zeugnisse bürgerlicher Selbstbehauptung finden wir in der Geschichte der Region zur Genüge. Um eine solche Selbstermächtigung geht es auch heute. Und davon kann ganz Sachsen profitieren.

Aber: Organisieren sich zurzeit nicht vor allem diejenigen, denen Ressourcen in Form von Zeit und Geld dafür zur Verfügung stehen, die von Amtswegen oder beruflich in Auftrag stehen, sich um die Zukunft der Region zu kümmern? Es ist ein Irrglaube, anzunehmen, dass die Konzepte für den Strukturwandel allein in den höheren Politik- und Verbandsetagen entwickelt werden können. Das Mitmachen und Einbeziehen dürfen nicht nur formelhaft abgearbeitet werden, sondern braucht eine neue Praxis einer aktiven Beteiligungskultur!

Was wir benötigen sind Strukturen, die es schaffen, die Menschen einzuladen und miteinander zu vernetzen. Gelungene Beispiele für Bürgerbeteiligung gab es bereits: Die Internationale Bauausstellung (IBA) Fürst-Pückler-Land hat in den zehn Jahren ihres Wirkens in der Niederlausitz eine Vielzahl von Projekten durch und mit Bürgerbeteiligung erfolgreich auf den Weg gebracht. Mit der Erarbeitung eines Leitbildes setzt die Zukunftswerkstatt Lausitz (als Projekt der Wirtschaftsregion Lausitz, der Kooperationsgemeinschaft der Landkreise der Lausitz) einen notwendigen Impuls. Doch wird dieses Leitbild, dass Bürgerinnen und Bürgern gerade gemeinsam bis Ende 2020 entwerfen, auch später zur Grundlage von Entscheidungen? Im Moment sieht es nicht danach aus. Im Strukturstärkungsgesetz steht bereits ein fertiges Leitbild im Bundestag zur Abstimmung. Der Gesetzesentwurf enthält eine lange fertige Projektliste, die ohne Bürgerbeteiligung entstanden ist. Es vergeht zudem kaum ein Tag, an dem nicht neue ‚Leuchtturmprojekte‘ für die Lausitz verkündet werden. Die Arbeit an einem Leitbild darf keine Pseudo-Beteiligung sein, um bereits festgeklopfte Entscheidungen nachträglich zu legitimieren.

Wir Grüne wollen mehr Verantwortung für Ideen für die Bewältigung des Strukturwandels an die Menschen vor Ort geben und sie bei der Erarbeitung, Weiterentwicklung und Umsetzung regionaler Leitbilder und Projekte unterstützen. Akzeptanz und Vertrauen in die Politik entsteht nur, wenn die Beteiligung zu sichtbaren Ergebnissen führt. Daher fordern wir:

1. Der derzeit laufende Leitbildprozess braucht mehr Verbindlichkeit, die Ideen der Bürgerinnen und Bürger dürfen nicht ins Leere laufen. Es muss sichergestellt sein, dass die aus dem Leitbildprozess entwickelten Projekte auch eine Chance auf Umsetzung haben und es zumindest nachvollziehbar ist, was aus ihnen wird.

2. Die sächsische Staatsregierung muss sich fördernd in den Leitbildprozess einbringen und den Sächsischen Landtag regelmäßig informieren. Bei der Erarbeitung des Leitbildes müssen größere Anstrengungen unternommen werden, mehr Menschen als bisher zu erreichen und einzubinden.

3. Damit Erwartungen nicht enttäuscht werden, ist eine offene Diskussion darüber erforderlich, wie Arbeitsplätze und neue Wertschöpfung in der Region entstehen können. Eine alleinige Fokussierung auf Neuansiedlung und Industriearbeitsplätze wird nicht erfolgreich sein.

4. Notwendig sind transparente Entscheidungskriterien für die Förderung von Projekten. Dafür muss ein Kriterienkatalog erarbeitet werden. Nachhaltigkeit, Klimaschutz und die Stärkung der regionalen Kreislaufwirtschaft müssen zentrale Indikatoren sein.

5. Die Bürgerinnen und Bürger müssen mit am Tisch sitzen, wenn über Projekte und über die Verwendung der Mittel entschieden wird. Vorbild dafür können die Entscheidungsgremien der LEADER-Förderung für den ländlichen Raum sein.

6. Wir wollen einen Zukunftsfonds Lausitz auflegen, mit dem größere zivilgesellschaftliche Projekte langfristig finanziell abgesichert werden. Sozial innovative und auf die regionale Zukunftsfähigkeit ausgerichtete kleinere Projekte sollen ebenfalls über den Fonds gefördert werden.

7. Wir wollen zehn Prozent der dem Freistaat Sachsen vom Bund künftig insbesondere im Rahmen des Bundesförderprogramms „Zukunft Revier“ zur Verfügung gestellten Mittel für Projekte regionaler Vereine, Verbände, zivilgesellschaftliche Initiativen und Kirchen einsetzen.

8. Wir fordern die sächsische Landesregierung auf, sich bei der Bundesregierung für beihilferechtliche Sonderregelungen und Experimentierklauseln einzusetzen, die es ermöglichen, nachhaltige Investitionen und Innovationen zügig und unbürokratisch voranzubringen.